

Keine Verhandlung

Wladimir Putins Offensive beendet die Hoffnung auf einen Waffenstillstand in der Ukraine.

11

KI-Übersetzung

Wie schlagen sich die Programme bei der Übertragung von «Harry Potter»? Es ist kompliziert.

12

Shane Furrer

Fünf Jahre sass der Ex-Drogendealer ein. Heute hilft er jungen Menschen mit seinen Vorträgen.

21



Steinhart

Bittere Niederlage für die Schweizer Curler: Mit dem letzten Stein holen sich die Schotten den Sieg an der WM.

27

Nach Absturz an den Börsen: Die EU bietet den USA einen Deal an

Zollpolitik Nebst anderen Handelsplätzen stürzte gestern auch die Schweizer Börse ab. Die EU schlägt den USA nun eine Vereinbarung zur Aufhebung der Industriezölle vor. Die Schweiz engagierte bereits eine US-Firma, die ihr helfen soll, die Beziehungen zu den USA zu kitten.

Schweizer Börse Der Gesamtmarkt gab bis gestern Abend um 5,2 Prozent nach. Dies nachdem er bereits in der vergangenen Woche die schlimmsten Verluste seit dem Corona-Crash erlebt hatte. Der weltweite Trend drückt inzwischen alle wichtigen Märkte ins Minus. Dabei ist es vor allem die Sorge vor einer Rezession, die durch die Zölle angeheizt wird, welche die Anleger aus den Risikopapieren treibt. **Seite 2,3**

Lobbying für die Schweiz Die US-Firma Akin Gump wurde Mitte März dafür gewonnen, der Schweiz zu helfen, die sich seit Jahresbeginn verschlechternden Beziehungen zu den USA wieder zu kitten. Auf Fragen, ob Akin Gump in Bezug auf Zölle aktiv werden solle, hält man sich beim Staatssekretariat für Wirtschaft bedeckt. Die Vertragsbestimmungen, die dieser Redaktion vorliegen, sehen ein solches Szenario indes vor. **Seite 2**

Der Deal Die EU hat den USA eine Vereinbarung zur gegenseitigen Aufhebung aller Zölle auf Industriegüter angeboten. Trotz der Zollentscheidungen der Trump-Regierung sei die EU bereit zu verhandeln, sagte die EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen. Erstmals seit Trumps Zollankündigungen gibt es in der EU Gespräche auf Ministerienebene. Die Kommission warnt aber vor Hoffnungen auf einen schnellen Kurswechsel in Washington. **Seite 5**

Ohne UKW taucht Radio-Reichweite

Bis zu 30 Prozent an Hörern verlieren die Sender der SRG mit der Umstellung.

Seite 7

Starke Belastung von Migrantinnen

Die eingewanderte Bevölkerung leidet eher psychisch – vor allem die Frauen.

Seite 8

Komitee gegen Standortpaket

«Basel für alle» will OECD-Millionen für Grosskonzerne verhindern.

Seite 15

Salzabbau in Wallbach

Die Fricktaler GLP findet, die Schweizer Salinen informierten nicht ausreichend.

Seite 19

Die Suche nach Überlebenden in Myanmar gilt als beendet



Katastrophe Im südostasiatischen Staat werden die Rettungseinsätze nach dem schweren Erdbeben von Ende März eingestellt. Die Einsatzkräfte konzentrierten sich zu Beginn der Woche auf Hilfe für die Überlebenden und Aufräumarbeiten. Die Zahl der bekannten Todesopfer stieg auf mehr als 3500. (DPA) **Seite 9** Foto: AFP

Spiesshöfli-Areal: Gibt es einen Park oder Wohnraum?

Quartierplanung Am 18. Mai stimmt Binningen über den Birsigpark ab. Dieser soll auf dem Areal Spiesshöfli entstehen, ausgerechnet dort, wo die Gemeinde plant, 91 neue Wohnungen zu bauen. Die Gegner des Projekts, zu denen das Who's who der kommunalen Politik zählt, luden gestern zum Anlass, um klarzumachen: Der geplante Park sei zu teuer und er lege den Fokus auf falsche Prioritäten. Ganz generell kann man derweil sagen, dass sich im Kampf um mehr Grünraum in der Agglomerationsgemeinde widersprüchliche Allianzen gebildet haben. (bwi) **Seite 15**

Region

«Tatsache ist, dass der neue Dachaufbau des Globus die Sicht auf die Martinskirche beeinträchtigt.»

Marc Keller

Der Obmann des Basler Heimatschutzes über den Kubus aus Glas, Beton und Stahl auf dem Dach des momentan instand gestellten Warenhauses beim Marktplatz. **Seite 17**



Basel Stadt Land Region

Gegner toben: «Aus dem Playbook von Musk und Trump abgeschrieben»

OECD-Mindeststeuer Die Gegner des Basler Standortpakets wollen verhindern, dass die Steuermillionen an die Grosskonzerne zurückfliessen.

Alexander Müller

Gestern Morgen setzte sich das Massaker an den Börsen nach dem Zollentscheid von Donald Trump fort: Die Aktien der Basler Pharmakonzerne Roche, Novartis und Lonza haben innerhalb einer Woche zwischenzeitlich je bis zu 15 Prozent an Wert verloren – obwohl die Branche (vorerst) von den Zollkapriolen des US-Präsidenten ausgenommen ist. Die Basler Finanzdirektorin Tanja Soland (SP) dürfte den Kurstauer der Grosskonzerne mit Sorgenfalten zur Kenntnis genommen haben. Denn die Börse bildet die Erwartungen über den künftigen Geschäftsgang der Unternehmen ab. Wenn die Pharmabranche schwächelt, droht eine Erosion der Steuereinnahmen.

Ausgerechnet in dieser turbulenten Zeit wird die OECD-Mindeststeuer implementiert, die eine Steuererhöhung für Basels beste Steuerzahler bedeutet: Unternehmen mit einem Umsatz von über 750 Millionen Franken werden künftig mit einem Steuersatz von 15 Prozent veranlagt. Bisher waren es 13 Prozent.

Um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts nicht zu schmälern, will die Basler Regierung die Zusatzeinnahmen über ihr Standortpaket wieder an jene Unternehmen zurückgeben, die in Forschungsplätze in der Region investieren.

«Nicht mit uns», sagt nun aber das Komitee «Basel für alle». Die Gruppierung, die sich aus den Reihen von Gewerkschaften, Klimaaktivisten und Parteien des juno linken politischen Spek-

trums zusammensetzt, kämpft gegen das Standortpaket an der Urne. Am 18. Mai wird darüber abgestimmt.

Kritik an Intransparenz von Standortpaket

In dramatischen Worten geisselte die Gruppierung gestern vor Medienvertretern das Bestreben des Kantons, «aus dem Wettbewerbsstandort einen Standortwettbewerb zu machen». Dass die grossen Unternehmen Basel verlassen könnten wegen «einiger Millionen» zusätzlicher Steuern, die sie bezahlen müssen, glaubt die Gruppierung nicht. Erst recht nicht, dass sie wegen Trumps Zöllen nach Übersee abwandern könnten.

Juno-Vertreter Angus Duffy etwa nannte die Wegzugsdrohung eine «unverschämte Angst-

macherei». Ins gleiche Horn stösst der Umweltaktivist Roman Künzler: «Wer will jetzt in die USA?»

Und Agnes Jezler, Aktivistin bei der Umweltorganisation Greenpeace, zieht gar eine direkte Linie zwischen der Basler Regierung und jener im Weissen Haus in Washington: «Intransparenz, Fonds, von denen einseitig Firmen ohne Gegenleistung profitieren, das könnte aus dem Playbook von Musk und Trump abgeschrieben sein und höhlt unseren Glauben an die demokratischen Institutionen aus.» Sie kritisiert, dass der Kanton plant, mit jährlich bis zu 500 Millionen Franken zwei Fonds zu öffnen. Zur Verwendung der Gelder wird das kantonale Parlament jedoch kein Mitspracherecht haben.

Tatsächlich ist in der Vorlage vorgesehen, dass die Regierung nach Anhörung der Wirtschafts- und Abgabekommission allein entscheidet, wofür das Geld ausgegeben wird. Die Regierung muss nur alle zwei Jahre über die Wirkung und die Zielerreichung der finanzierten Massnahmen berichten. Die Gegner des Standortpakets möchten die erhofften Mehreinnahmen in der allgemeinen Staatskasse belassen – und damit dem Klima und jenen Baslerinnen und Baslern helfen, denen es nicht so gut geht wie den «reichen Besitzern der Grosskonzerne».

Franziska Stier, Parteisekretärin bei der Basta, spricht von einem «grossen Investitionsstau», den es in Basel-Stadt zu lösen gelte. «Der Kanton müsste Wohnraum kaufen, um bezahl-

bare Wohnungen zur Verfügung zu stellen.» Sie wünscht sich zudem einen verbilligten öffentlichen Verkehr, aber auch mehr Geld in der Pflege.

Einmal mehr wird also ein Abstimmungskampf nach dem Motto «Arm gegen Reich» geführt. Wobei diesmal die Konfliktlinie mitten durch die politische Linke geht. Aufseiten der «Reichen» stehen neben Finanzdirektorin Tanja Soland auch Wirtschaftsdirektor Kaspar Sutter – auch er ein Sozialdemokrat – sowie die SP Basel-Stadt, die nach langer Debatte die Ja-Parole zum Standortpaket gefasst hat.

Das Gegnerkomitee ist aber überzeugt, dass eine Mehrheit der SP-Parteimitglieder die Vorlage ablehnen – und damit einen Erfolg gegen das Standortpaket ermöglichen wird.

Im Kampf um mehr Grünraum haben sich in Binningen widersprüchliche Allianzen gebildet

Spiesshöfli: Park oder Hochhäuser? Der Birsigpark spaltet Binningen. Warum das Who's who der kommunalen Politik gegen die Idee einer neuen Grünfläche ist, die auf dem Spiesshöfli-Areal gebaut werden soll.

Auch in den Baselbieter Gemeinden ist Umweltpolitik eigentlich fest in linker Hand. Hingegen sind Bürgerliche in der Finanzpolitik federführend und schauen in der Regel mit eiserner Härte darauf, dass die Staatskosten nicht ausufern. Nur gelten diese bewährten politischen Zuteilungen gegenwärtig nicht für Binningen. In der schmucken Ortschaft an der Grenze zu Basel schaffen die gebräuchlichen Unterscheidungen der Parteien aktuell kaum Klarheit, im Gegenteil: Sie führen viel eher in die Irre.

So fixieren sich die Binninger FDP sowie die SVP neuerdings darauf, sich einen grünen Anstrich zu verpassen. Demgegenüber kämpfen die Sozialdemokraten momentan an der Seite von Mitte und GLP sowie prominenten bürgerlichen Abweichlern gegen mehr Grünfläche respektive für einen gewissenhaften Umgang mit Steuergeldern. (Wie will das noch einer verstehen.)

Nun, dass diese Reihe widersprüchlicher Allianzen überhaupt zustande gekommen ist, ist kein Zufall. Am 18. Mai stimmt Binningen über den Birsigpark ab. Dieser soll auf dem Areal Spiesshöfli entstehen, ausgerechnet dort, wo die Gemeinde plant, 91 neue Wohnungen zu bauen.

Duell um Baufläche

Initiator des Projekts ist Marc Schinzel, freisinniger Landrat und heutiger Gemeinderat. Er stiess vor rund eineinhalb Jahren, noch bevor er das Exekutivamt angetreten hat, die Idee an, entlang der 10er-Tramlinie statt neuer Hochhäuser ein Naturerholungsgebiet zu errichten.

Damals betonte er: «Wir wollen ein lebenswertes Binningen, da wo heute Häuserschluchten dominieren, wo Lärm, Verkehr, Emissionen und Hitze vorherrschen.»



Das Spiesshöfli-Areal ist eine Brache: Hier will die Gemeinde 91 Wohnungen bauen. Eine Initiative fordert den Bau eines Parks. Foto: Dominik Plüss

Mittlerweile darf sich Schinzel aber nicht mehr dazu äussern. Grund: das Kollegialitätsprinzip. Der Gemeinderat rund um Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi (SP) ist nämlich anders als der Einwohnerrat strikt gegen das Projekt. Auch weil die Gemeinde für einen Birsigpark die drei Grundeigentümer – die Albert-Lück-Stiftung, die BLT und den Kanton Baselland – enteignen müsste.

Für Schinzels Partei, die FDP, ist das derweil nicht so dramatisch. Sie weibelt zusammen mit der SVP sowie den Grünen (der

einzigsten Partei, die sich in Binningen wirklich an das klassische Themenschema hält) für den Birsigpark, der für die Gemeinde eine einmalige Chance sei.

Ganz anders sehen das die Gegner, zu denen das Who's who der kommunalen Politik zählt. Sie haben gestern ins Restaurant Schiff an der Baslerstrasse geladen, um klarzumachen: Das geplante Projekt sei zu teuer – und es lege den Fokus auf falsche Prioritäten.

Die ehemalige Nationalrätin Kathrin Amacker (Mitte) sagt etwa, dass für den Kauf des Lan-

des sowie das Anlegen des Parks, der «nur» ungefähr der Grösse eines halben Fussballfeldes entspreche, Kosten von rund 20 Millionen Franken anfallen würden. «Allein diese Summe wird die Gemeindefinanzen sehr belasten.» So müsste man auf Reserven zurückgreifen, die für andere Projekte reserviert gewesen wären. Kurzum: Man wolle keinen «Mini-Park zum Maxi-Preis». Würde das Bauland beim Spiesshöfli-Areal hingegen wieder als solches genutzt, könnten Steuereinnahmen von rund 400'000 Franken pro Jahr generiert werden.

Claude Janiak, ehemaliger Baselbieter SP-Ständerat und ebenfalls Teil des Nein-Komitees, betont zudem, dass es gar keine Notwendigkeit für einen grünen Park gebe. Er sagt: «Insgesamt findet man in unserer Gemeinde zahlreiche attraktive Grün- und Erholungsräume.» Darunter den Allschwiler Weiher, das Bruderholz und den Schlosspark.

Ausserdem würden künftig weitere Erholungsgebiete entstehen – etwa im Zuge der Umgestaltung des Binninger Dorfplatzes sowie am nördlichen Rand der Gemeinde, wo der Zoo Basel

sein Gebiet ausbauen werde. Zugleich sei die Gemeinde «dringend» auf Wohnraum angewiesen, gerade nachdem die bestehenden Bauten beim Spiesshöfli vor einigen Monaten wegen des Doppelspurausbaus bereits abgerissen wurden.

Abstimmung erhitzt Gemüter

Das betonen auch die beiden FDP-Politiker Sven Inäbnit und Mike Keller. Die prominenten Abweichler auf bürgerlicher Seite, die sich gestern ebenfalls lautstark gegen den Park (und damit ihre eigene Parteiparole) einsetzen.

Inäbnit, der im Kantonsparlament in Liestal politisiert, sagt zum Beispiel: «Wenn die Gemeinde die heutigen Grundeigentümer tatsächlich enteignen und das Land kaufen müsste, wäre ihr das unwürdig.»

Und Keller, der ehemalige Gemeindepräsident, betont, dass man «das Geld nicht mit der Schaufel aus dem Fenster» werfen dürfe. Wie sein Vorgänger im Gemeindepräsidium, Charles Simon (SP), der ebenfalls vor den Medien spricht, berichtet er darüber hinaus, dass man sich über Jahre mit dem Spiesshöfli-Areal auseinandergesetzt habe. So kurz vor der Umsetzung die Pläne einfach zu übergehen, sei deshalb «wahnsinnig».

Hingegen setzen sich die Befürworter des Birsigparks auf den Standpunkt, dass die Talsohle entlang der Tramlinie genügend verdichtet sei. Auch ist klar, dass sie sich vom Auftritt des Who's who der Binninger Politik nicht einschüchtern lassen werden.

Der Abstimmungskampf bleibt spannend. Das wissen sowohl die Linken als auch die Bürgerlichen – daran ändern auch Wirren um die gegenwärtigen Allianzen nichts.

Benjamin Wirth